Interviews

Informationen am Morgen

Datum: 15.12.2023

Interview mit Manfred Weber, CSU, Europaparlament, EVP-Vorsitzender, zu Gipfel und Ukraine

Philipp May: Ein großer Kritiker dieser zehn Milliarden Freigabe für Ungarn im Vorfeld des EU-Gipfels war auch CSU-Politiker Manfred Weber, Vorsitzender der christdemokratischen EVP-Fraktion im EU-Parlament. Er ist jetzt in der Telefonleitung. Schönen guten Morgen, Herr Weber.

Manfred Weber: Hallo! – Guten Morgen, Herr May.

May: Gehört dieses Ungarn Orbáns noch zur EU?

Weber: Natürlich gehört Ungarn zur EU. Die Bürgerinnen und Bürger in Ungarn sind zutiefst überzeugte Europäer. Aber Orbán führt sich auf als der beste Vertreter Putins am Verhandlungstisch in Brüssel und das ist unser Problem. Wir haben ein politisches Problem, aber sicher kein Problem mit den Menschen in Ungarn.

May: Und wer sich so aufführt, den muss man mit Geld kaufen, so wie es die EU möglicherweise gemacht hat - wir wissen es nicht genau – mit den zehn Milliarden vorab?

Weber: Die Kommission argumentiert mit Verfahrensvorgaben, die sie umzusetzen hätte, und deswegen sei dieses Gemisch jetzt rausgekommen, dass wenige Tage vor dem Gipfel jetzt die Entscheidung gefallen ist. Zumindest die Vorgehensweise wirft ein fatales Licht auf die Rechtsstaatsmechanismen. Wir haben es als Europäisches Parlament erzwungen, dass derjenige, der die Unabhängigkeit der Justiz, der Medien nicht einhält, dass der dann auch die EU-Gelder nicht bekommen kann. Dieses Prinzip hat das Europäische Parlament in den letzten Jahren durchgefochten. Jetzt entsteht der Eindruck in dieser Woche, dass man sich mit der Vetodrohung dann Geld erkaufen kann oder erzwingen kann. Deswegen sage ich auch ganz deutlich, wir im Europäischen Parlament finden das nicht gut, was da entschieden worden ist.

Ich gebe Ihnen ein konkretes Beispiel. In Ungarn wird Anfang Januar der neue Landesjustizrat eingesetzt, der eigentlich mehr richterliche Unabhängigkeit sicherstellen soll, und wir hätten zunächst mal gerne gewusst, wer da drinsitzt. Es geht nicht nur um die formalen Beschlüsse, sondern auch um die Implementierung, funktioniert das dann auch in Ungarn mit der Unabhängigkeit. Das wurde nicht abgewartet. Deswegen ein fatales Licht und wir im Parlament werden das auch unter die Lupe nehmen. Wir werden dazu auch eine Untersuchung durchführen.

May: Aber am Ende steht hier bei dem Gipfel ein Ergebnis, das alle bis auf Ungarn wollten, nämlich zumindest der Beginn der Beitrittsgespräche. Unser Korrespondent hat es gesagt, wie wichtig das den Menschen und auch den Politikern in der Ukraine und in Moldau gewesen ist, auch gerade in Bezug auf die harten Kriegsmonate, die vor der Ukraine stehen. Heiligt der Zweck nicht manchmal die Mittel? Geht so nicht Realpolitik?

Weber: Die Ukrainer kämpfen ja für unsere Werte. Sie wollen in Freiheit leben, sie wollen in Demokratie leben, sie wollen in einem Rechtsstaat leben. Wenn wir im Inneren der Europäischen Union diesen Rechtsstaat nicht mehr ernstnehmen, wenn die Sorge da ist, dass in Ungarn dieser Rechtsstaat attackiert und beschädigt ist, dann müssen wir uns selbst die Frage stellen, für was stehen wir. Deswegen: Wir müssen es im Inneren garantieren. Deswegen ist dieser Rechtsstaatsmechanismus so wertvoll. Aber Sie haben recht: Die Entscheidung von gestern, die Beitrittsgespräche zu eröffnen, ist eine historische Entscheidung und positiv. Sie ist wichtig für Europa und für die Ukraine. Wenn man sich vergegenwärtigt, dass jetzt Putin in Russland die LGBT+-Community abschaffen will und sie unter Verfolgung setzt, Menschen, die lesbisch sind, die schwul sind, dann zeigt das, dass das eine komplett andere Vorstellung von Gesellschaft ist. Wir lieben die Freiheit, wir stehen für die Demokratie und dieser Kampf, der wird jetzt an der Front zwischen der Ukraine und Russland ausgetragen. Deswegen ist das ein Signal an Selenskyj, an die Ukrainer, ihr seid Teil von uns, moralisch, politisch und historisch extrem wichtig.

May: Aber wenn das so wichtig ist und dieser Krieg und dieser Kampf dort an der Front in der Ukraine ausgetragen wird und die Ukraine gleichzeitig sagt, wir brauchen jetzt unbedingt dieses Signal von der EU, dass die Beitrittsgespräche aufgenommen werden, und gleichzeitig ist da ein ungarischer Ministerpräsident, der die Vetomacht hat und möglicherweise sagt, ihr müsst uns jetzt auch was dafür geben, dass wir zumindest den Raum verlassen beziehungsweise ich den Raum verlasse, wie soll man dann handeln? Was hätten Sie gemacht als Amtsträger?

Weber: Wir hätten eine Debatte über das Veto gebraucht. Wir dürfen uns von Orbán nicht mehr auf der Nase herumtanzen lassen. Scholz und auch Macron haben mehrfach in Reden formuliert, dass wir endlich in diesen Grundsatzfragen die Vetomöglichkeiten abschaffen, und bisher ist nichts passiert. Über Jahre hinweg ist nichts passiert. Und dann laufen wir wieder in solche Krisen rein.

Europa muss sich verändern. Europa muss die Kraft haben zu sprechen, auch wenn wir uns mit einem schwierigen Partner wie mit Orbán beschäftigen. Wir dürfen das Veto in der Zukunft nicht mehr zulassen. Das ist die Grundbotschaft von heute.

Die zweite Grundbotschaft ist: Der Rechtsstaatsmechanismus, wie jetzt bereits diskutiert, muss überarbeitet werden. Wir müssen ihn aus der Hand der Politik herausnehmen und in die Hand von Gerichten geben. Wenn wir in Deutschland eine Rechtsstaatsfrage haben, gehen wir auch nicht in den Bundestag, sondern wir gehen nach Karlsruhe. Wir haben ein Gericht, das das entscheidet, und so muss Europa das zukünftig auch machen. Das heißt, der heutige Tag, die heutige Woche ist auch eine Erinnerung, dass der Rechtsstaatsmechanismus noch nicht perfekt ist. Er muss in die Hände von Richtern. Das ist die zweite Lektion.

May: Das Problem, was Sie beschreiben, und den Vorschlag, den Sie machen, den machen viele. Das Problem ist aber auch, dass sich die Katze am Ende in den Schwanz beißt bei dieser Geschichte, weil um das Veto abzuschaffen braucht man Einstimmigkeit. Das heißt, Orbán kann auch da wieder sein Veto einlegen, wie übrigens auch im weiteren Verlauf der Beitrittsgespräche mit der Ukraine. Wie lösen Sie das Problem, wenn da einer ist, der sich allem entgegenstellt?

Weber: Viktor Orbán hat zig Interessen für sein Land, wo er Europa braucht. Wirtschaftlich ist Ungarn auf einem guten Weg, aber nur, weil es Teil dieser europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ist. An vielen Bereichen braucht Viktor Orbán die europäische Partnerschaft und Solidarität. In Europa war es immer so, dass man am Ende der Tage Kompromisse gefunden hat, indem man Themen verknüpft hat.

May: Zum Beispiel mit Geld.

Weber: Insofern sage ich auch, dass wir bei den Zahlungen hätten stark bleiben sollen, und auch bei der Frage, ob die Investitionsbedingungen in Ungarn gut sind, hätte man der europäischen Wirtschaft signalisieren sollen, dass Ungarn kein verlässlicher Investitionsstandort mit diesen Entwicklungen im Rechtsstaatsbereich ist. Wir müssen schon auch Härte zeigen in diesen Entwicklungsfragen.

May: Wie signalisiert man das der europäischen Wirtschaft? Das hat sie bisher auch nicht interessiert, auch deutsche Autobauer beispielsweise nicht.

Weber: Genau, genau! Ungarn profitiert ganz massiv davon und deswegen ist wichtig, dass wir dort klare politische Signale aussenden. Wir dürfen uns nicht mehr auf der Nase herumtanzen lassen.

May: Was sagen Sie denn zum Beispiel den deutschen Autobauern?

Weber: Wenn der deutsche Bundeskanzler beispielsweise da klare Ansagen machen würde, dann hätte das eine deutliche Wirkung, keine Frage. Dann würde zugehört wegen. Deswegen erwarte ich mir da mehr Klarheit. Wir haben übrigens auch ein Artikel VII Verfahren am Tisch liegen gegen Ungarn. Das ist die Möglichkeit, die wir im jetzigen Vertrag fixiert haben, um Rechtsstaat hochzuhalten. Bisher wurde bei den Staats- und Regierungschefs über dieses Artikel VII Verfahren, initiiert durch das Europäische Parlament, nicht mehr gesprochen innerhalb des Europäischen Rates.

May: Entzug der Stimmrechte.

Weber: Genau! - Deswegen: Wir dürfen uns um die Grundsatzfragen in Europa nicht mehr herumdrücken. Und ich bleibe dabei: Wir dürfen uns nicht auf der Nase herumtanzen lassen.

May: Ist einmal angewandt worden - damals war die EU deutlich kleiner – gegen Österreich, als das erste Mal die FPÖ an der Regierung war. – Fällt Polen als Verbündeter Ungarns weg? Ist das realistisch, ein Entzug der Stimmrechte für Ungarn?

Weber: Zunächst mal haben wir heute eine Einigung. Das muss man festhalten. Und wir haben auch eine Perspektive, hoffentlich den MFF hinzukriegen, die Finanzfragen zu klären in ein paar Wochen, die genauso wichtig sind, vor allem vor dem Hintergrund der amerikanischen Debatten. Europa muss da ein klares Signal geben, dass wir unterstützen, damit auch Washington sich bewegt.

Das ist das Wichtige, dass wir eine Einigung haben. Aber mittelfristig betrachtet: Wir müssen zu unseren Werten stehen und wenn Ungarn nicht umfassend bereit ist, die umzusetzen,

dann muss Europa die Möglichkeiten nutzen, die uns der Vertrag gibt, um das auch in Europa durchzusetzen. Dabei zählt der Artikel VII als ein wichtiges Verfahren. Sie haben es beschrieben: Mit Polen kommt ein Land zurück nach Europa. Donald Tusk war gestern zum ersten Mal im Rahmen der Europäischen Volkspartei, der Christdemokraten als neugewählter Premierminister am Tisch, als wiedergewählter Premierminister am Tisch. Deswegen ein Hoffnungssignal für Europa, ein positives Signal. Orbán ist isoliert - das ist zumindest mal wichtig zu sehen – und der Rest Europas steht.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.